

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuß

30. Sitzung

Mittwoch, den 4. November 1998, 10:00 Uhr
in der Ostseeakademie in Lübeck-Travemünde

Anwesende Abgeordnete:

Uwe Döring (SPD)

Vorsitzender

Wolfgang Baasch (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Bernd Saxe (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

in Vertretung des Abg. Jürgen Weber (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Thorsten Geißler (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP)

in Vertretung des Abg. Dr. Ekkehard Klug
(FDP)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

| Tagesordnung: | Seite |
|--|--------------|
| 1. Vorstellung der Arbeit der Ostseeakademie | 4 |
| 2. Erfahrungen zum Netzwerk des Miteinander in Ostmitteleuropa und Nordeuropa | 6 |
| 3. Agenda 2000 - Legislativvorschläge der EU-Kommission zur Strukturhilfe Drucksachen 14/1647, 14/1652, 14/1710 | 7 |
| 4. Bericht der Landesregierung über die Erfahrungen und Ergebnisse der Litauenreise der Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein | 8 |
| 5. Verschiedenes Liste der Berichte an den Landtag; Umdruck 14/2527 | 9 |

Der Vorsitzende, Abg. Uwe Döring, eröffnet die Sitzung um 10:10 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorstellung der Arbeit der Ostseeakademie

Der Leiter der Ostseeakademie, Dr. Albrecht, umreißt die Aufgaben der Bildungseinrichtung wie folgt:

Die Ostseeakademie sei ein europäisches Denk- und Diskussionsforum für die Verständigung und für ein friedliches Miteinander der Deutschen untereinander und mit ihren Nachbarn im Osten und im Norden. Ihr zentrales Anliegen bestehe in dem Aufbau eines Netzwerkes des Miteinander und zwar im Gedächtnis von Zeit und Raum. Der Generationenwandel und damit die immer geringer werdende Anzahl der Heimatvertriebenen erfordere eine Neuausrichtung der Aufgaben der Akademie.

Eine zukunftsweisende Aufgabe sei der demokratische Aufbau in den osteuropäischen Ländern. Um diesen erfolgreich zu gestalten, müßten die Menschen ein Heimatgefühl entwickeln und sich verwurzelt fühlen. Erst dann wären sie bereit, eigenverantwortlich ihre Umwelt zu gestalten. Aufbauend auf der kulturellen Verwurzelung vollziehe sich dann die wirtschaftliche Entwicklung. Zukunftsweisend sei ferner die Erfahrung, daß deutsche Hilfe für die Lösung von Problemen vor Ort in den östlichen Ländern gebraucht werde. So hätten sich beispielsweise die in den drei baltischen Staaten ansässigen russischen Minderheiten erstmalig auf deutschem Boden, nicht aber im Baltikum getroffen.

Dr. Albrecht erläuterte den Haushalt der Ostseeakademie und machte auf personelle Engpässe aufmerksam. Der jährliche Haushalt belaufe sich auf rd. 2,5 Mio DM, wovon der Bund den größten Anteil trage. Die Stellenausstattung sehe neun Mitarbeiter vor, wovon jedoch nur sieben Stellen besetzt seien. Neben dem Akademieleiter gebe es nur einen weiteren akademischen Mitarbeiter.

Auf die Frage der Abg. Dr. Kötschau, weshalb keine Beziehungen zu Weißrußland bestünden,

Ihm sei bekannt, daß Nordrhein-Westfalen sich in Weißrußland engagiere. Insofern könne

er jederzeit auf Ansprechpartner zurückgreifen, falls die Ostseeakademie einen Vorstoß in diese Richtung unternehme.

Abg. Baasch bat um Information, ob und inwieweit die Ostseeakademie sich dem Jugendaustausch öffne. Die Antwort von Dr. Albrecht gab klar zu erkennen, daß dieser Bereich nicht zu den Schwerpunkten der Akademie zähle. Das Durchschnittsalter der Veranstaltungsteilnehmer sei in der Regel höher. Problematisch seien auch die zu niedrigen Zuschüsse des deutsch-polnischen Jugendwerkes.

Abg. Dr. Kötschau sprach die vom Auslaufen bedrohte deutsch-polnische Sommerschule in Sankelmark an und erkundigte sich nach der Möglichkeit einer gemeinsamen Fortsetzung dieser Veranstaltung. Dr. Albrecht zeigte sich dem Vorschlag gegenüber aufgeschlossen.

Dr. Albrecht nahm die Gelegenheit wahr, dem Europaausschuß einige kritische Anmerkungen zu dem Akademieförderkonzept des Landes mit auf den Weg zu geben. Seines Erachtens umgehe das Land die politische Entscheidung, an welcher Stelle die knapper werdenden Finanzmittel eingesetzt werden sollten. Die Akademien müßten gezwungen werden, Schwerpunkte zu setzen. Das Förderkriterium der Teilnehmertage bewirke das Gegenteil, indem vermehrt subventionierte Luxusseminare für das zahlungskräftige Bildungsbürgertum angeboten würden. Die Arbeit seiner eigenen Einrichtung sei wenig spektakulär und demzufolge wenig bekannt. Dieser Tatsache müsse bei der Meßlatte, die das Land bei der Beurteilung der Förderfähigkeit anlege, berücksichtigt werden.

Abg. Saxe bat um mehr Zurückhaltung bei der Verwendung der Bezeichnung als „Luxusveranstaltung“ und machte darauf aufmerksam, daß es nicht die Aufgabe der Politik sei, die Veranstaltungsprogramme von Bildungseinrichtungen auf diesen Aspekt hin zu überprüfen.

Der Vorsitzende verwies auf das Akademiekonzept des Landes, das der Finanzausschuß zur Zeit berate. Auf dieser Grundlage müßten die Rahmenbedingungen der Finanzierung neu geregelt werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Erfahrungen zum Netzwerk des Miteinanders in Ostmitteleuropa und Nordeuropa

Umdruck 14/2601

AL Kindsmüller stellte das Twinning-Projekt „Strengthening the Judicial System/Institution Building“ vor. Das gemeinsame Projekt von Estland, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein habe gute Chancen, bewilligt zu werden. Die offizielle Zusage der EU-Kommission stehe jedoch noch aus. Estland habe den Deutschen vor den Mitbewerbern Finnland und Schweden den Vorzug gegeben.

Die verschiedenen Vor-Beitrittsinstrumente seien in dem Phare-Programm zusammengefaßt, wobei das Unterprogramm „Institution Building“ vier Aktionsfelder für die Modernisierung der Verwaltung in den Bereichen Finanzen, Landwirtschaft, Umwelt sowie Justiz und Inneres umfasse.

Das wesentliche Element des Projektes sei die Entsendung eines Langzeitexperten, der die Ausbildung der Ausbilder für

- die Nachschulung der Richter und Staatsanwälte,
- die Erarbeitung eines modernen Gerichtsvollzieherwesens und
- den Aufbau eines Bewährungshilfesystems wahrnehme.

Für den Zeitraum 1998 - 2000 stünden 1,062 Mio ECU aus PHARE-Fördermitteln zur Verfügung. Insofern zähle das Projekt in bezug auf das finanzielle Volumen zu den großzügig ausgestatteten. Es sei gelungen, die CAU Kiel aktiv in das Projekt einzubeziehen.

Der Ausschuß nimmt den Bericht zur Kenntnis. Der Vorsitzende bittet AL Kindsmüller, den Europaausschuß zu gegebener Zeit über den Fortgang des Projektes zu unterrichten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Agenda 2000 - Legislativvorschläge der EU-Kommission zur Strukturhilfe

Drucksachen 14/1647, 14/1652, 14/1710

Der Vorsitzende unterbreitete im Hinblick auf die laufende schriftliche Anhörung zur Agenda 2000 folgenden Verfahrensvorschlag: Die eingegangenen Stellungnahmen sollten an die Mitglieder des Europa- und des Agrarausschusses verteilt werden. Am Rande der Plenarsitzung am 11. und 12. November erfolge dann eine Verständigung, ob eine zusätzliche mündliche Anhörung gewünscht werde. Möglicherweise müßte der für den 4.12.1998 vorgesehene Termin auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über die Erfahrungen und Ergebnisse der
Litauenreise der Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein**

AL Kindsmüller berichtete über die Gründe des Besuches der Ministerpräsidentin in Litauen. Die Ministerpräsidentin sei einer Einladung des litauischen Ministerpräsidenten gefolgt. Litauen komme durch den aktuellen Vorsitz im Ostseerat eine zunehmend wichtigere Bedeutung in der Ostseekooperation zu und werbe um Unterstützung für den EU-Beitritt. Anstehende Privatisierungsmaßnahmen in der Energie- und Hafenwirtschaft würden das Interesse von norddeutschen Unternehmen auf sich ziehen. Eine Vielzahl von Kooperationsprojekten (Polizei, Wirtschaft, Landwirtschaft) ebenso wie die unter deutscher und finnischer Ratspräsidentschaft weiterzuverfolgende „Northern Dimension“ sprächen für eine enge wechselseitige Beziehung zwischen Litauen und Schleswig-Holstein.

Zahlreiche hochrangige Gesprächstermine erbrachten folgende Ergebnisse:

- Ein Kooperationsprojekt zur Entwicklung der ländlichen Räume solle initiiert werden, um den Strukturwandel in der litauischen Landwirtschaft zu begleiten.
- Eine vermehrte Zusammenarbeit mit der schleswig-holsteinischen Polizei werde gewünscht.
- Die Ministerpräsidentin sicherte zu, sich für einen EU-Beitritt Litauens einzusetzen.
- Im Hinblick auf die Modernisierung des Rechtssystems bestehe großes Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit der CAU Kiel.
- Unterstützung werde für die Nutzung der Strukturfonds erbeten. So sei z.B. eine Hospitation litauischer Mitarbeiter bei den schleswig-holsteinischen Fondsverwaltern zugesagt worden.
- Das Qualifizierungsforum des DGB sei vorgestellt worden, mit dem Ziel, die Arbeitnehmer auf den Strukturwandel vorzubereiten..
- Die Stadt Kaunas strebe eine Zusammenarbeit mit der ttz an.

Abg. Geißler stellte in Frage, ob die CAU Kiel über ausreichend Kapazitäten für eine derartige Hilfestellung verfüge. AL Kindsmüller verwies jedoch auf die damit verbundene Chance, auf diesem Wege ein eigenes Profil zu entwickeln und zusätzlich EU-Mittel einzuwerben.

AL Kindsmüller sagte zu, den Europaausschuß über die weitere Entwicklung auf dem laufenden zu

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuß nahm den Umdruck 14/2527 zur Kenntnis.

gez. Uwe Döring

Vorsitzender

gez. Schmidt Holländer

Protokollführerin i.V.